

Vorlage Nr. 101.19.964

13. November 2023  
1 von 2

## Modellstadt Antirassismus

### Anfrage

### zur Überweisung in den Ausschuss für Chancen, Gleichstellung, Integration und Eingaben

Wir fragen den Magistrat:

1. Was bedeutet die Teilnahme am Programm Modellstadt Antirassismus, was sieht das Konzept vor?
2. Lt. der zuständigen Staatsministerin soll die Zivilgesellschaft eingebunden werden. In der Anfangsphase wird es ein umfassendes Hearing mit Vertreter\*innen von Migrant\*innenorganisationen geben, allerdings auch von Initiativen mit negativ von Rassismus Betroffenen die schon in dritter (oder länger) Generation deutsch sind. Welche Planungen gibt es dazu neue Allianzen aufzubauen, welche Akteure werden wann wo und wie eingeladen?
3. Inwiefern werden antirassistische Konzepte entwickelt: von wem und mit wem?
4. Wieviel Personal und wieviel Geld steht der Stadt Kassel dafür zur Verfügung?
5. Inwiefern werden negativ Betroffene über bestehende städtische Strukturen hinaus beraten?
6. Welche Finanzmittel und Verpflichtungen zur Umsetzung von Maßnahmen gehen mit der Teilnahme an dem Programm der Bundesregierung einher?
7. Inwiefern ist geplant, negativ von Rassismus betroffenen Personengruppen eine Selbstermächtigung zu erteilen, um ihnen die Durchführung eigener Veranstaltungen und die Umsetzung eigener Projekte zu ermöglichen?
8. Stehen über dieses Projekt Mittel zur Verfügung, die für die Umbenennung der M-Apotheke oder der Straßenumbenennungskommission genutzt werden können sowie für weitere antirassistische Maßnahmen, zu denen es schon Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gibt?

9. Unter Berücksichtigung der aktuellen Studie „Being Black in the EU“, sowie zwei Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung mit expliziten Bekenntnissen zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung, stellen wir bezugnehmend zu den Punkten 1 und 7 die Frage, welche Projekte zum Schutz Schwarzer Menschen vor rassistischen Übergriffen geplant sind, bzw. ergriffen werden. 2 von 2
10. Welche Rolle spielen städtische Akteure wie der Ausländerbeirat oder All In bzw. (post)migrantische Vereine?
11. Inwiefern wird es Angebote und Einbeziehung von insbesondere Kindern und Jugendlichen geben?

Fragesteller/-in:                      Stadtverordneter Ali Timtik

gez. Sabine Leidig  
Fraktionsvorsitzende